

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Postcode 1

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@goa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Dezember 2007 Nr. 132

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee **GSoA**



Neue Kampffjets sind Geldverschwendung!

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser der GSoA-Zitig,

Für die GSoA geht ein betriebsames und erfolgreiches Jahr 2007 zu Ende. Unsere Sekretariate arbeiteten bis zum Anschlag: es wurden Medienmitteilungen und Vernehmlassungsantworten geschrieben, T-Shirts und Peace-Fahnen versendet, Aktionen gegen die Armee und für den Frieden geplant und durchgeführt und unzählige weitere Aktivitäten erledigt. Und dies ist nur die stille Alltagsarbeit, die im Hintergrund geleistet wurde. Zusätzlich wurden vom Sekretariats-Team und vielen unermüdlichen Freiwilligen mit viel Herzblut und Zeitaufwand zwei, auf grosse öffentliche Resonanz gestossene, Jahreshöhepunkte ermöglicht. Allen daran Beteiligten gebührt ein herzliches Dankeschön!

Am 21. September reichte die GSoA die **Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»** mit 109'224 Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein. Am 6. Oktober wurde in der Roten Fabrik das **25-Jahr-Jubiläum der GSoA** gefeiert. Pressereaktionen dazu lassen sich auf der Schlussseite dieser Zeitung nachlesen.

Das Jahr 2007 war aber auch das Jahr der Vorbereitung und Lancierung der **Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt»**. Mit dieser Initiative kann endlich erreicht werden, was die GSoA schon seit Jahren fordert: dass die Armeewaffen im Zeughaus gelagert werden müssen. Die aktuellen Diskussionen rund um die Armeewaffen werden auf Seite 3 dieser Zeitung thematisiert.

Während sich die «moderne» Schweizer Interventionsarmee mit einem von der Rüstungsindustrie bezahlten Buch selber feiert, zeigen wir auf unseren internationalen Seiten, wie sich die Interventionen fremder Militärmächte tatsächlich auswirken. Unsere Berichte aus dem **Nordirak**, aus **Bosnien und Herzegowina** und dem **Kosovo** zeigen, dass mit militärischen Interventionen kein dauerhafter und stabiler Frieden geschaffen werden kann. Wer Frieden will, muss Frieden vorbereiten. Nichts anderes!

Wir wünschen eine informative, anregende und unterhaltsame Lektüre

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

ARMEETAGE

Gewalt gegen Militär-Gegner

Ende November fanden in Lugano die Armeetage statt. Mit einem Millionenbudget veranstaltete das Militär einen Propaganda-Event, welcher ein enthüllendes Bild seiner selbst lieferte. Mit Gewalt wurde gegen friedliche Protestierende vorgegangen.
Von Nina Regli

Die Schweizer Armee hat ein Imageproblem. Der böse Feind ist der Schweiz abhanden gekommen und die Akzeptanz der Armee in der Bevölkerung ist so tief wie selten zuvor. Um diese Legitimationsprobleme zu bekämpfen, griff die Armee für ihren Propagandafeldzug in Lugano tief in die Tasche: Rund 800'000 Franken Steuergelder setzte das VBS laut eigenen Angaben für diesen Auftritt ein – dabei sind die Kosten für Gerät und Soldaten nicht einmal eingerechnet.

Privates Sponsoring und Gewaltverherrlichung

Zusätzlich zahlten private Konzerne grössere Beträge, allen voran Rüstungsfirmen. Drei von vier Firmen, welche als Verkäufer für neue Kampfflugzeuge in Frage kommen, sicherten sich durch ihre Zahlungen einen prominenten Auftritt und Goodwill. EADS, die schwedische Saab und die französische Dassault investierten je 30'000 Franken, um möglichst vorn im Rennen um den Verkauf neuer Kampfflugzeuge zu bleiben (siehe auch GSoA Zitig vom Oktober 2007: «3 Lügen für 33 Maschinen»).

Laut VBS sollte in Lugano ein Happening für die ganze Familie stattfinden: Kleine Mädchen durften sich in Armeeuniformen kleiden und Jugendliche schossen auf Zielscheiben in Menschen-Form. Diese Gewaltverherrlichung ist inakzeptabel und wird ein Nachspiel haben. Die SP wird einen Vorstoss im Tessiner Kantonsrat einreichen. Nationalrat und GSoA-Vorstand Josef Lang wird auf Bundesebene eine Anfrage einreichen.

Den eigentlichen Zweck des Militärs – das effiziente Kriegführen – versuchte die Armee zu verschleiern. Poppig und lustig sollte es an den Armeetagen sein: Galakonzerte mit der «Swiss Army Concert Band», Vorführungen mit Armeepferden, ein Bistrot Militaire mit den «legendären Militärkäseschnitten» und als ein weiteres Highlight eine Tanzshow mit knapp bekleideten SoldatInnen hatte das VBS zu bieten.

Proteste gegen die Armeetage

Insgesamt 16 AntimilitaristInnen wurden festgenommen, fast alle Mitglieder der «Clown Army», die sich zum Ziel gesetzt hatten, der Gewaltverherrlichung der Armee das befreiende Gelächter entgegenzuhalten. Acht Personen wurden verletzt, die meisten davon bei einem Polizeieinsatz mit Schlagstöcken und Pfefferspray, der sich gegen eine Gruppe von friedlichen Clowns richtete, die sich in der Nähe der Polizeiwache mit dem Rücken zu den Einsatzkräften aufgestellt hatten. Einem Kameramann wurde der Arm gebrochen. Sechs der Verletzten haben Anzeige wegen Körperverletzung erstattet.

Die AktivistInnen waren nicht nur Polizeirepression ausgesetzt, sondern wurden auch von Militärs eingeschüchert. Verschiedene Vorfälle zeigten in Lugano exemplarisch die Tendenz zur Militarisierung der inneren Sicherheit: So wurden zwei italienischen Aktivistinnen durch eine gemischte Patrouille unter Mitwirkung der Militärpolizei durchsucht und über eine Stunde befragt. Zudem ritten Militärs auf Pferden in hoher Geschwindigkeit auf Demonstrierende zu um sie einzuschüchtern. Eine französische Photographin, welche die Proteste dokumentieren wollte, wurde gar von einem Angehörigen der Armee ins Gesicht geschlagen und verletzt. Die Aktionen der Clown-Army waren der Abschluss einer ansonsten erfolgreichen antimilitaristischen Woche, welche von verschiedenen pazifistischen Organisationen, unter ihnen auch die GSoA, im alternativen Zentrum Molino in Lugano organisiert wurde. Im Gegensatz zu den Armeetagen hatten dort Diskussionen Platz, bei welchen nach alternativen Lösungen zu Gewalt und Repression gesucht wurde.



Personalwechsel auf den Sekretariaten

(fb) Nach der erfolgreich abgeschlossenen Sammelphase der Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» haben sich auf den Sekretariaten der GSoA Änderungen ergeben. In Basel verlässt uns Christian Müller. Er hat ein Kultur-Café eröffnet, wird sich aber weiterhin in seiner Regionalgruppe engagieren. Auch die Sekretariate in Bern und Zürich haben sich personell erneuert. In Bern wurde Nina Regli neu angestellt. Das Sekretariatsteam in Zürich wird neu durch Bettina Surber verstärkt. Sie ersetzt Tom Cassee, der in den nächsten Monaten etwas kürzer treten möchte, um sein Studium abzuschliessen.



SekretärInnen und AktivistInnen der GSoA

KOMMENTAR

Keckeis und Zürich-Höngg

Zum Abschied von Christophe Keckeis, dem nach Guisan wohl bedeutendsten General der Schweizer Militärgeschichte (vermutliche Eigeneinschätzung) ist im Orell Füssli Verlag das Buch «Christophe Keckeis. Die Zukunft der Schweizer Armee» erschienen. Als bekannt wurde, dass das VBS die Verbreitung des Buches mit 100'000 Franken unterstützt, setzte starke Kritik ein – bis VBS-Chef Schmid den Finanzzustupf strich.

Die ganze Geschichte rief geradezu nach einer Satire, die an dieser Stelle hätte veröffentlicht werden sollen. Konkret wollten wir Philippe Zahno, dem Herausgeber des Buches und Kommunikationschef der Armee, vorschlagen, dass die GSoA für die nun fehlenden 100'000 Franken aufkommt. Unter der Bedingung, dass auf jedes Exemplar des Buches der GSoA-Aufkleber «war is stupid» geklebt werden würde...

Die Lust an der Satire ist uns nach der Ermordung der 16-jährigen Lehrtochter Francesca in Zürich-Höngg durch einen Soldaten der Schweizer Armee jedoch gründlich vergangen. Die unfassbare Tat macht sprachlos. Jedoch werden Erinnerungen wach: An die eigene Rekrutenschule, in der als Held verehrt wurde, wer sich getraute, im Lärm der Pistolensalven einfach ein paar Schüsse weniger abzugeben – um die damit «eingesparte» Munition dann aus der Rekrutenschule nach Hause zu schmuggeln. An den Stolz dieser Kollegen, die nach dem Wochenende darüber berichteten, was sie zuhause mit der Munition angestellt hatten. An das unguete Gefühl, wenn auf dem Rückweg vom Schiessplatz wieder mal aufeinander angelegt und abgedrückt wurde – und man nicht sicher sein konnte, ob wirklich alle ihr Magazin ganz geleert hatten...

Viele Soldaten der Schweizer Armee werden ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Umso unerträglicher ist das der Tat in Höngg nachfolgende Trauerspiel, welches von rechtskonservativer Seite veranstaltet wurde. Wenn die Präsidentin der Schweizer Schützen, SVP-Regierungsrätin Rita Fuhrer erklärt, dass «nicht die Armee für die Tat verantwortlich gemacht werden» dürfe, muss dies in den Ohren der betroffenen Familien wie blanker Hohn klingen. Die Ursache für die Tat liegt natürlich woanders – vielleicht etwa darin, dass der Täter halt ein «vorbestrafter Chilene» ist? Zu diesem mutierte der Schweizer Soldat jedenfalls in den Web-Foren, welche die Tat diskutierten. Abstossend heuchlerisch ist zudem, wenn nun aus Kreisen, die sonst keine Gelegenheit zur Polemisierung auslassen, gefordert wird, dass die Tat aus Rücksicht auf die Betroffenen kein politisches Nachspiel haben dürfe.

Eine wohltuend besonnene Stimme in der Medienberichterstattung nach der Tat war für einmal die NZZ, welche die «Zeit für kritische Fragen» an die Armee und die Schützenverbände gekommen sieht. Die GSoA wird mit ihrer Initiative für den Schutz vor Waffengewalt mithelfen, dass diese Fragen auch nach der Trauer um Francesca weiter hartnäckig gestellt werden. Denn es gibt viele Anzeichen dafür, dass sich mehr und mehr Menschen in der Schweiz die Frage stellen, ob die Schweizer Armee heute eigentlich Leben schützt – oder vielmehr Leben gefährdet. Und dies wäre wahrscheinlich das nötigste Vorwort in Keckeis' Buch zur Schweizer Armee: «Eine Armee, die Leben gefährdet statt schützt, hat keine Zukunft.»

Stefan Luzi

TASCHENMUNITION

Panzeroffizier sieht rot

Der Bundesrat hat entschieden, den Armeeangehörigen die Taschenmunition nicht mehr abzugeben. Dieser Entscheid ist dank des Drucks der Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» zu Stande gekommen. Nun läuft ein Panzeroffizier Sturm und ruft zum Widerstand auf. Im VBS reibt man sich die Augen, verhält sich passiv und argumentiert hilflos. Von Martin Parpan

Werner Gartenmann, Stabsoffizier bei den Panzertruppen, Major, SVP-Mitglied, stellvertretender Geschäftsführer der AUNS und Duzfreund von Samuel Schmid hat es nach eigenen Worten den «Gong» gegeben. Er will nicht akzeptieren, dass die «untrennbare Einheit von Waffe und Munition» aufgelöst werden soll. Der Einzug der Taschenmunition bedeute für ihn, dass Armeeangehörige als potentielle Mörder und Selbstmörder abqualifiziert werden. Unter dem Titel «Notwehr jetzt» sucht er nun Gleichgesinnte, welche sich dem Einzug der Taschenmunition widersetzen wollen.

Hilflos und passiv

Den Entscheid, die Taschenmunition einzusammeln, bezeichnet Gartenmann als «un glaubliche Kehrtwendung», da Bundesrat Schmid noch im September des vergangenen Jahres betonte, dass die Abgabe der Taschenmunition das «Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger manifestiere, ohne welches unser Staatssystem nicht auskommt». Armeechef Keckeis bezeichnete das Verhältnis des Soldaten zu seiner Waffe als etwas «intimes». Das VBS wird also von jener Rhetorik eingeholt, welche es während Jahren selber zelebrierte.

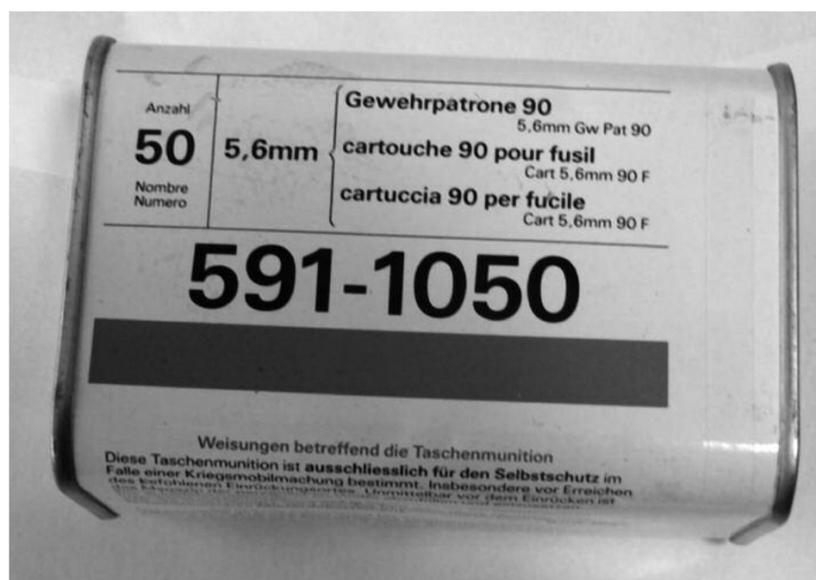
Die GSoA hat das VBS mit der Frage konfrontiert, ob die Armeeführung eine Mitschuld daran treffe, dass Leute wie Gartenmann nun Sturm laufen, nachdem ihnen über Jahre eingetrichtert wurde, dass eine Waffe eben nicht nur eine Waffe, sondern ein Vertrauensbeweis und ein Zeichen der Ehre für den Wehrmann sei. Nein, war die klare Antwort. Schliesslich habe man nach wie vor die Möglichkeit, den Soldaten die Munition bei veränderter Bedrohungslage wieder nach Hause zu geben. In Bezug auf die Aussage von Herrn Keckeis betreffend Intimitätsverhältnis zwischen Waffe und Soldat werde immer wieder vergessen, dass Armeechef Keckeis französischer Muttersprache sei und er gewisse Wörter vielleicht nicht richtig deutete...

Diese hilflose Argumentation macht deutlich, wie ungelegen das hausgemachte Problem dem VBS kommt. Sanktionen hat Gartenmann vor-

läufig nicht zu befürchten. Da der Entscheid zur Einsammlung der Taschenmunition noch nicht in einen Befehl umgewandelt worden sei, gebe es dafür bisher keinen Grund.

Ungutes Gefühl

Es ist ungewiss, wer sich der Aktion «Notwehr jetzt» noch alles anschliesst. Gartenmann betont, dass er viele positive Reaktionen auf seinen Aufruf erhalten habe. Es handelt sich dabei um Menschen, die sich in ihrer Ehre gekränkt sehen, die das Gefühl haben, dass ihnen das Vertrauen entzogen wurde. Es handelt sich dabei auch um Menschen, die wild entschlossen sind, für ihren Standpunkt zu kämpfen. Diese Mischung aus Verletzung und Entschlossenheit zum Widerstand hinterlässt ein unguetes Gefühl. Das VBS würde gut daran tun, sich des Themas ernsthaft anzunehmen – und zwar im gesellschaftlichen Interesse.



Taschenmunition – Ihr Einzug ist noch nicht genug

AUFRUF

Bringt das Sturmgewehr ins Zeughaus!

Der tragische Tod einer Sechzehnjährigen in Zürich-Höngg hat die Diskussionen rund um das Sturmgewehr neu entfacht. Die GSoA sammelt weiter Unterschriften für die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» – und sucht Angehörige der Armee, die ihre Waffe nicht länger zu Hause lagern wollen. Von Patrick Angele

Die schreckliche Tat eines 21-jährigen Soldaten bewegt die Menschen in der Schweiz seit Wochen. Die Unterschriftensammlung für die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt», welche die Armeewaffen ins Zeughaus verbannen will, geht unterdessen gut voran. Bei Redaktionsschluss sind bereits mehr als 12'000 Unterschriften von der GSoA und gesamthaft über 40'000 Unterschriften beisammen. Um die nötigen 100'000 gültigen Unterschriften zusammen zu bringen, muss aber weiterhin kräftig gesammelt werden (Zur Unterstützung der Initiative: siehe Schlussseite dieser Zeitung).

Unterschiedliche Praxis in den Kantonen

Wer nicht auf die Abstimmung über die Initiative warten und seine Armeewaffe freiwillig abgeben will, wird je nach Kanton sehr unterschiedlich behandelt. So konnte Daniel Jositsch, neu gewählter Zürcher SP-Nationalrat und Major der Militärjustiz, seine Offizierspistole vorübergehend im Zeughaus deponieren. Das zuständige Kreiskommando bewilligte die kostenlose Hinterlegung, machte den Entscheid aber postwendend wieder rückgängig. Jositsch rekurriert zurzeit beim Zürcher Regierungsrat. Sergio Haller, JUSO-Landrat aus Glarus, darf sein Sturmgewehr gegen eine Gebühr im Zeughaus deponieren. Adrian Landtwing, Soldat aus Zug, blitzte mit einem identischen Antrag beim Kreiskommando ab. Er muss sein Gewehr weiterhin mit nach Hause nehmen. Einzig in Genf stellt sich die Regierung konsequent gegen das VBS. Sie erlaubt den Soldaten, die Ordonanzwaffe unbürokratisch und kostenlos im Zeughaus zu lagern. Die SP reicht in verschiedenen Kantonen Vorstösse in diesem Sinne ein.

Aufruf

Die Beispiele zeigen, dass die Armee selbst nicht weiss, wie denn nun mit den Waffen umzugehen ist. Deshalb, liebe Rekruten und Soldaten, bringt euer Sturmgewehr ins Zeughaus! Meldet euch bei der GSoA, um einen entsprechenden Antrag einzureichen und den Druck auf die Armeeführung zu erhöhen.

Der Initiativbogen zum Ausdrucken findet sich auf www.gsoa.ch oder www.waffeninitiative.ch

25 JAHRE GSOA: AUS DEM ARCHIV

2. Dezember 2001 – Höchste Zeit für zivile Lösungen

«Wie gehen wir mit Konflikten um?» Dies ist die Frage, welche die GSoA und ihre unterstützenden Organisationen den Schweizer StimmbürgerInnen am 2. Dezember stellen. Die Frage ist dringender denn je. Von Stefan Luzi *

Unfassbares haben wir erlebt, in den letzten Wochen. Zuerst die grauenhaften Attentate in den USA, die tiefe Bestürzung, aber bald darauf auch Angst vor militärischen Vergeltungsschlägen hervorriefen. Dann den unerklärlichen Mordanschlag auf Parlamentsmitglieder des Zuger Kantonsrats. Und schliesslich, nachdem wir während Wochen Kundgebungen und Mahnwachen gegen die Kriegstreiber organisiert hatten, den amerikanischen Gegenschlag, der Terroristen im Ziel hatte und unschuldige Menschen traf/trifft. Es wäre gelogen zu behaupten, die schrecklichen Ereignisse hätten uns nicht zutiefst schockiert und auch verunsichert: Gewalt, Konflikte, Krieg

– was können wir schon dagegen ausrichten? Und was können wir bewirken, wenn wir hier, in der Schweiz, eine überflüssige Armee abschaffen und einen Zivilen Friedensdienst einrichten?

Solidarität schafft Sicherheit

Eine Annahme unserer Initiativen allein macht diese Welt nicht friedlicher – aber sie würde Möglichkeiten und Bewusstsein schaffen, sie friedlicher zu machen. Und weniger gefährlich. Denn nicht der Verzicht auf eine militärische Scheinsicherheit macht diese Welt gefährlich. Diese Welt ist gefährlich, weil jedes Jahr 60 mal mehr Geld in Krieg statt in Frieden investiert wird; weil Männer noch immer ein eigenes Gewehr in die Hände bekommen, wenn sie dies wollen; weil wir hier genug zu essen haben und sie dort nichts.

Die GSoA hat keine Patentrezepte. Aber wir können verhindern, dass weiterhin viel zu viel Geld in eine absurde Armee fliesst, welches für

Frieden gebraucht wird. Wir können eine Stimme einlegen dagegen, dass die Schweiz, nur weil die Armeespitze verzweifelt auf Sinnsuche geht, im Militärbündnis der reichen Staaten mitmacht – und damit die Uno und die restlichen Staaten der Welt an den Rand drängt. Wir können mit der Initiative für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst von der Schweiz fordern, dass sie beiträgt, diese Welt zu einem sichereren Ort zu machen, dass sie sich um die Ursachen von Konflikten kümmert und diejenigen Menschen in Konfliktregionen stärkt, die an gewaltfreien und politischen Lösungen arbeiten. All dies ist wenig – und doch sehr viel. Und dringend notwendig.

Wir wollen Menschen gewinnen!

«We will win». So drohte George W. Bush – und verhiess Vergeltung ohne Gnade. Doch: was ist mit Krieg und Bomben in Afghanistan zu gewinnen? Wie absurd mutet doch der Versuch der Mächtigen dieser Welt an, den Terror-

ismus militärisch besiegen zu wollen! Bush wird nicht gewinnen und die USA werden nicht gewinnen. Die Verlierer stehen jetzt schon fest: die afghanische Zivilbevölkerung.

In diesem Krieg gibt es keine Sieger. Wir aber können in diesem Herbst gewinnen: Wir können Menschen davon überzeugen, dass echte Sicherheit nur mit Solidarität zu haben ist. Dies können wir mit einer bewegenden Kampagne erreichen, mit vielen Menschen, die freiwillig daran mitarbeiten, gegen den Krieg und für zivile Lösungen auf die Strasse gehen. Zeitungen verteilen, Couverts verpacken, auf Podien diskutieren, sich an Standaktionen beteiligen. Mit eurer Mithilfe können wir Menschen für zivile Lösungen, gegen Krieg und gegen Ausgrenzung gewinnen.

* Der vorliegende Artikel erschien in der GSoA-Zitig Nr. 100 im November 2001, kurz vor den Abstimmungen über die zweite Abschaffungsinitiative und die Initiative zur Schaffung eines Zivilen Friedensdienstes. Diese wurden mit 21.9 bzw. 23.3% Ja-Stimmen-Anteil deutlich abgelehnt.



PRIVATE SICHERHEITSFIRMEN

Die Staatsgewalt als Jekami

Ende Oktober hat der Bundesrat die «Verordnung über den Einsatz privater Sicherheitsfirmen durch den Bund» verabschiedet: Ein weiterer Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol. Von Reto Moosmann

«Die Sicherheit als staatliche Kernaufgabe, das Gewaltmonopol als Wesensmerkmal des modernen Staates und die Grundrechte als Basis des Rechtsstaates setzen der Auslagerung von polizeilichen Aufgaben auf private Sicherheitsfirmen enge Grenzen.» Zu diesem Schluss kommt der Berner Rechtsprofessor Walter Kälin in einem Gutachten, welches er für den Verband der Schweizerischen Polizeibeamten (VSPB) letztes Jahr erstellt hat. Unzulässig sei die Übertragung solcher Aufgaben auf Private, wenn die Aufgabenerfüllung mit der Anwendung von Zwang verbunden sei, so zum Beispiel Personenkontrollen, Anhalten von Personen oder erkennungsdienstliche Massnahmen. Heikel sei die Auslagerung grundsätzlich bereits dann, wenn bei der Aufgabenerfüllung Ermessensentscheide getroffen werden müssen.

Privatisierung des Gewaltmonopols

Im Widerspruch zur Einschätzung von Professor Kälin steht die Meinung des Gesamtbundesrates: Die Verordnung über den Einsatz privater Sicherheitsfirmen durch den Bund, welche der Bundesrat am 31. Oktober verabschiedet hat, lässt auch die Auslagerung von Massnahmen mit Zwangscharakter zu. Die Anforderungen an private Sicherheitsdienste, welche im Staatsauftrag Massnahmen mit Zwangscharakter übernehmen könnten, sind minimal: Die Firma muss

«ausreichende Garantien hinsichtlich Rekrutierung, Ausbildung und Kontrolle des Sicherheitspersonals» bieten und «ihren guten Ruf und ihre Seriosität» nachweisen können. Damit schafft der Bundesrat per Verordnung die Grundlage für die Privatisierung des Gewaltmonopols. Was das auf nationaler Ebene bedeuten könnte, zeigt sich gegenwärtig in der Stadt Bern. Im Rahmen der Sanierung des öffentlichen Teils des Berner Bahnhofs wird durch ein Nutzungsreglement unter anderem das Bettelverbot und das Verbot von «ungebührlichem Verhalten» eingeführt und unter Strafe gestellt. Mit der Durchsetzung des Reglements wird die private Sicherheitsfirma Securitrans betraut.

Private auch auf Auslandseinsätzen

Privatisiert wird durch die bundesrätliche Verordnung über die privaten Sicherheitsfirmen nicht bloss das staatliche Gewaltmonopol im Innern, sondern auch im Äusseren. Damit wird neben der Privatisierung auch der fatalen Vermischung von innerer und äusserer Sicherheit weiter Vorschub geleistet. Die Verordnung sieht nämlich vor, dass auch im Ausland – anstelle von Festungswächtern oder des Bundessicherheitsdienstes – auf «private Sicherheitsdienstleister» zurückgegriffen werden kann. Dabei werden gar noch die oben beschriebenen «Minimalanforderungen» an die Sicherheitsfirmen ausser Kraft gesetzt: Der Bund darf «ausnahmsweise» auch die Dienste einer Sicherheitsfirma in Anspruch nehmen, welche die Anforderungen nicht erfüllt, sofern sich vor Ort kein anderer Anbieter finden lässt. Wohin das führen kann, zeigt beispielsweise die Firma «Blackwater», welche im Auftrag der USA für Sicherheit im Irak «sorgt».

NEUE KAMPFFLUGZEUGE

Luftwaffe aufPEBen? Ohne uns!

Die Schweizer Luftwaffe müsse die alte Tigerflotte ersetzen, heisst es im Departement von Samuel Schmid seit längerem. Damit will sich die VBS-Spitze dazu einlassen lassen, neue Flugzeuge zu beschaffen. Von Beat Hatz

Die Tiger taugten weder als Jagdflugzeuge noch könnten damit Bodentruppen unterstützt werden, verlautet aus dem VBS. Zudem könnten die Tiger bei schlechtem Wetter und nachts nicht mehr eingesetzt werden. Selbst für luftpolizeiliche Aufgaben seien sie mittlerweile nutzlos. Da mit den 33 F/A-18, dem Rest der Schweizer Luftwaffe, die Sicherheit der Schweiz nicht gewährleistet werden könne, müssten dringend neue Kampfflugzeuge her: In der Dezember-Session (nach Redaktionsschluss dieser Zeitung) befindet das Parlament über einen sogenannten PEB-Kredit von acht Millionen Franken zur Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung.

Bekannt ist, dass das VBS 33 neue Flieger fordert. Zur Auswahl stehen der Eurofighter, die amerikanische Super Hornet, die französische Dassault Rafale oder die schwedische Gripen. Alleine der Kauf wird ein Loch von etwa drei bis vier Milliarden Franken in die Bundeskasse reissen. Die jährlichen Unterhaltskosten gehen in die Dutzende von Millionen. Die GSoA zieht auf jeden Fall eine ähnliche Initiative wie 1993 gegen die F/A-18-Beschaffung in Erwägung.

Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten

Die Bürgerlichen, welche bei jeder Gelegenheit Sparanträge stellen, möchten das Geld dort in die Luft gehen lassen, wo alle etwas davon sehen und hören. Nicht mehr länger zuhören will allerdings der Naturschützer Franz Weber. Er hat die Initiative «gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» lanciert, welche am 24. Februar 08 zur Abstimmung kommt. Im Berner Oberland oder im Wallis leiden die Leute unter fast konstantem Fluglärm, welcher von den Militärflugplätzen Meiringen-Unterbach, Sion und Payerne ausgeht. Das VBS hat sich anlässlich von Gesprächen mit den lärm betroffenen Gemeinden immer verständnisvoll für

deren Klagen gezeigt. Passiert ist wenig bis gar nichts. Hoffentlich rächt sich diese Nonchalance des VBS. Die GSoA unterstützt die Initiative von Franz Weber, auch wenn sie aus friedenspolitischer Sicht zu kurz greift.

Auch wenn die Weber-Initiative und das Beschaffungsvorhaben für Kampfflugzeuge inhaltlich nicht viel miteinander zu tun haben: Sollte die Initiative von Franz Weber gut abschneiden oder gar Erfolg haben, werden die Armeepianer im VBS nochmals über die Bücher müssen. Wie soll es gelingen, neue Kampfflugzeuge durch eine Abstimmung zu bringen, wenn niemand den Lärm, den die Flugzeuge verursachen, über sich ergehen lassen will?



Polito(un)logisches

Dass die Politik einer eigenen Logik folgt, mag nichts Neues sein. Doch wer die Debatten der letzten Wochen verfolgte, den musste bisweilen das ungute Gefühl überkommen, einige unserer EntscheidungsträgerInnen seien nicht ganz bei Trost.

Während die Rechte nach schärferen Massnahmen gegen Jugendgewalt bis hin zu Ausgangssperren für Minderjährige schreit, sieht sie kein Problem darin, dass die Armee an ihren Propaganda-Veranstaltungen Achtjährige auf menschenförmige Zielscheiben schiessen lässt. Und das Sturmgewehr aus den Kleiderschränken zu verbannen, kommt schon gar nicht in Frage, würde eine solche Massnahme doch einem Vertrauensentzug gegenüber der Bevölkerung gleichkommen. Was wiederum nicht gilt für die verdeckte Videoüberwachung, die in Zürich mit dem neuen Polizeigesetz eingeführt werden soll. Wer braucht schon eine Privatsphäre, solange der Staat einem das Vertrauen in Form einer Waffe schenkt?

A propos Waffen: Kriegsmaterialausfuhren via Polen und Rumänien in den Irak und nach Afghanistan hält der Bundesrat für unproblematisch, handle es sich bei den dortigen Konflikten doch nicht um Kriege, sondern um «Operationen zur Wiederherstellung und Stabilisierung geordneter staatlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse». Knapp einen Monat nach dieser Verlautbarung zog der Bundesrat die zwei Schweizer Militäroffiziere aus Afghanistan zurück. Begründung: Die internationale Operation in Afghanistan diene der Bekämpfung von Aufständischen – an einer solchen Mission könne sich die Schweiz nicht länger beteiligen.

Zugegeben: Ein Mitglied des Bundesrats hat so viele Entscheidungen zu fällen, dass ihm manchmal schlicht die Zeit fehlen dürfte, sich auch noch kohärente Begründungen derselben einfallen zu lassen. Dennoch könnte der Besuch eines Logik-Grundkurses unseren MagistratInnen nicht schaden. Und für das nächste Bundesrats-«Schuelreisli» empfehlen wir Bagdad als Ziel – vielleicht taugen die dortigen Bemühungen zur Stabilisierung geordneter Verhältnisse ja als Anregung für die Eindämmung der Jugendgewalt in der Schweiz...

Andreas Cassee

ASYL

Deserteure in die Folter abschieben?

In der Schweiz erhalten Menschen aus Eritrea, die den Militärdienst verweigern oder desertieren, aufgrund der unverhältnismässig harten Strafen, die ihnen in ihrer Heimat drohen, Asyl. Dies gefällt Bundesrat Christoph Blocher nicht. Von Bettina Surber

In Eritrea sind alle Frauen und Männer zwischen dem 18. und dem 40. Lebensjahr militärdienstpflichtig. Wer den Dienst verweigert oder desertiert, wird dem Kommandanten seiner militärischen Einheit zugeführt und von diesem nach eigenem Gutdünken wegen Verletzung militärrechtlicher Bestimmungen verurteilt. Als Strafen drohen unbefristeter Freiheitsentzug und körperliche Strafen. Gefangene werden in Metallcontainern oder Erdkerkern mit geringer Luftzufuhr eingesperrt, sie werden geschlagen, in schmerzhaften Positionen gefesselt und

über längere Zeit – oft mehrere Tage – der Sonne ausgesetzt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden, dass diese Art der Bestrafung den Tatbestand der Folter nach Art. 3 EMRK erfüllt.

Schutz vor Folter

Dieser Einschätzung ist auch die Asylrekurskommission in ihrem Entscheid vom 20. Dezember 2005 gefolgt. In diesem beurteilte sie das Asylgesuch eines Eritreers, der aus der Armee desertiert war. Die Asylrekurskommission hielt fest, dass die dem Mann drohenden Strafen in keinem Verhältnis zum kriminellen Unrecht einer Missachtung militärrechtlicher Bestimmungen stünden. Sie seien politisch motiviert und gegen die vermutete staatsfeindliche Gesinnung des Betroffenen gerichtet. Die Kommission kam zum Ergebnis, dass der Gesuchssteller die Flüchtlingseigenschaften nach Art. 3 AsylG erfüllt und hiess das Gesuch gut. In diesem Jahr nahm die

Zahl der Asylsuchenden aus Eritrea stark zu. Würden im zweiten Halbjahr 2006 noch 116 Asylanträge von eritreischen Staatsangehörigen verzeichnet, so waren es im ersten Halbjahr 2007 832 Gesuche. Am 24. Oktober 2007 zog Justizminister Christoph Blocher an einer Medienkonferenz Bilanz zur Asylpolitik und erklärte, dass sich die Zahl der Asylgesuche seit dem Jahr 2003 halbiert habe. Nur die stark angestiegene Zahl der Eritreer passte nicht ins Bild. Schuld an der Entwicklung gemäss Blocher: Der Entscheid der Asylrekurskommission. Noch an der Pressekonferenz kündigte er deshalb an, er wolle dem Parlament einen Entwurf für einen dringlichen Bundesbeschluss vorlegen, in welchem er verlangt, dass Militärverweigerer nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt werden.

Machtdemonstration Blochers

Ob der Justizminister mit seiner Idee an der Gerichtspraxis betreffend Flüchtlingen aus Eritrea

etwas ändern kann, wird sich zeigen. Es sind ja nicht die Dienstverweigerung oder die Desertion an sich, die als Asylgrund anerkannt werden, sondern die in Eritrea dafür drohenden, politisch motivierten und als Folter zu qualifizierenden Strafen. Solche Strafen werden auch weiterhin als Asylgrund gelten. Auch ist es nicht so, dass die Leute aus Eritrea vornehmlich wegen dem Bundesgerichtsentscheid in die Schweiz fliehen. Sondern, wie die NZZ in einem Artikel vom 27. November begründete, weil hier schon eine eritreische Gemeinschaft besteht. Umgekehrt fliehen IrakerInnen beispielsweise vornehmlich nach Schweden. Warum also hat Blocher diesen Bundesbeschluss überhaupt angekündigt? Wohl um zu zeigen, dass er ein Mann der Tat ist. Sein Handeln ist als eine Art Machtdemonstration gegenüber den Gerichten wie gegenüber dem «Volk» zu werten. Christoph Blocher, Bundesrat, Richter und Populist in Personalunion.

EU-VERFASSUNG

2008: Europas «Jahr der Rüstung»

Der neue EU-Reformvertrag bringt gegenüber dem gescheiterten Verfassungsvertrag wenig substanzielle Änderungen. Das Vertragswerk bleibt ein militaristisches Ungetüm. Von Andreas Weibel

Die europäische Einigung ist eines der erfolgreichsten Friedensprojekte der Geschichte. Der grosse Traum, dass die europäischen Staaten aus den Schrecken des Zweiten Weltkrieges lernen und gemeinsame Institutionen schaffen würden, um die Ursachen für Kriege auf diesem Kontinent für immer zu beseitigen, hat sich zu einem guten Teil verwirklicht.

Im Reformvertrag, den die europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfel in Lissabon Ende Oktober beschlossen haben, ist von diesem Traum nur noch wenig zu erkennen. Im Gegenteil: Der Vertrag zeugt vom Willen, die EU als Militärmacht zu etablieren, deren Truppen die Interessen der europäischen Regierungen weltweit durchsetzen.

Aus Alt mach Neu

Kein einziger der Kritikpunkte, welche 2005 in Frankreich und den Niederlanden zur Ablehnung des Verfassungsvertrages an der Urne führten, fand bei der Ausarbeitung des «neuen» Reformvertrages Beachtung. Genauso wie die neoliberale Wirtschaftspolitik, die repressive Flüchtlingspolitik (siehe GSoA-Zeitung vom Juni 2007) und der Abbau von demokratischen Mitspracherechten der EU-BürgerInnen, wird auch die Militarisierung der Union weiter vorangetrieben.

Der Aufrüstungsartikel beispielsweise wurde wortwörtlich aus der Verfassung in den Reformvertrag übernommen: «Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.» Die europäische «Rüstungsagentur» wurde zwar umbenannt in «Verteidigungsagentur», ihre Aufgabe bleibt aber dieselbe: Sie koordiniert die Rüstungskäufe der einzelnen EU-Staaten und trägt «zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors bei». Das Ziel der euro-

päischen Rüstungsindustriellen und -politiker ist in erster Linie die waffentechnische Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zu den USA auf dem globalen Waffenmarkt.

Der neue Direktor der Verteidigungsagentur, der Deutsche Alexander Weis, hat sein Amt bereits am 1. Oktober angetreten. In der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» pries er bereits die ersten Projekte seiner Behörde an: Unter Leitung der Verteidigungsagentur sollen eine neue Generation von Transporthelikoptern entwickelt und ein neues System von Überwachungssatelliten eingeführt werden. Voller Optimismus erklärte er, das Jahr 2008 werde «das Jahr der Rüstung». Angetrieben wird der neue europäische Rüstungs-Eifer nicht nur durch das Lobbying der Industrie. Den Strategen in den Hauptstädten geht es auch darum, die EU auf dem weltpolitischen Parkett mit neuen Mitteln auszustatten. Die EU soll jederzeit und weltweit in der Lage sein, militärisch zu intervenieren, wenn sie ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen bedroht sieht.

Der Widerstand wächst

In vielen Ländern regt sich jedoch Unmut über den Reformvertrag. Gewerkschaften, die Friedensbewegung und linke Parteien fordern etwa in Österreich den Reformvertrag einer Volksabstimmung zu unterwerfen. Ähnliches geschieht in anderen EU-Staaten. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass die europäische Zivilgesellschaft auch die Neuauflage der EU-Verfassung zum Scheitern bringen wird. Es ist zu hoffen, dass es den EU-BürgerInnen gelingen wird, die europäische Gemeinschaft wieder zurück zu den ursprünglichen, friedlichen Idealen zu steuern, mit denen vor gut 50 Jahren alles begann.

NORDIRAK

Reisebericht aus Kurdistan

Ein kurzer Abriss über die Situation im Nordirak, wie wir sie auf unserer Reise vom 22.7.–15.8.07 in das kurdische Gebiet wahrgenommen haben und in Interviews erfahren konnten. Von Sibylle Mani und Sascha Schmidt

(DHRD), in dem Anwälte die Misstände aufzeigten und sich für eine Verbesserung der Haftbedingungen einsetzten, scheint ein Umdenken in der Regierung stattzufinden.

«Ehrenmorde»

Laut einer Journalistin von «Reporter ohne Grenzen» wird in Erbil jede Woche eine Frau verbrannt. 2006 wurden innerhalb von 10 Monaten 280 Frauen mit Feuer angegriffen! 48 starben, die andern sind für den Rest ihres Lebens gezeichnet oder gar entstellt. Obschon Ehrenmorde seit 2002 gesetzlich verboten sind, werden die Täter nicht zur Rechenschaft gezogen. Das Phänomen ist gesellschaftlich noch immer zu stark verankert und wird von Frauen und Männern gleichermassen getragen. Obschon es 240 Frauenorganisationen gibt, hat sich die Situation der Frauen kaum spürbar verbessert. Viele Gruppierungen bekommen Gelder, ohne über Wissen betreffend Aufbau oder Führung einer Organisation zu verfügen. Das Geld versickert in unklaren Strukturen und Korruption.

Hilfe bleibt aus

Über 55 Grad herrschten bei unserem Besuch im Flüchtlingslager Makhmur, wo ca. 12'000 türkische KurdenInnen leben. Dort fehlt es an allem. Vom meist ausbleibenden Strom, über sauberes Trinkwasser bis zur funktionsfähigen Kanalisation. Weil die UNO vermutet, dass Makhmur zu den Hochburgen der PKK gehört, wurden die Hilfsgelder des UNHCR dieses Jahr drastisch gekürzt. Unter Lebensgefahr sammeln und entschärfen Freiwillige mit primitivsten Werkzeugen und Hilfsmitteln im autonomen PKK-Gebiet Minen und Blindgänger aus der Zeit von Saddam Hussein. Laut Aussagen der lokalen Verantwortlichen hat die UNO die versprochenen modernen Entminungsgeräte bis anhin nicht geliefert. Der Grund liege darin, dass sich das verminte Gelände im autonomen Gebiet der PKK befinde.

Korruption

Man muss schon sehr geblendet sein, wenn man die Tatsache negieren will, dass Korruption zum alltäglichen Leben gehört und zu einer Art Klassentrennung innerhalb der kurdischen Bevölkerung führt. Ist man nicht Mitglied einer der beiden grossen Parteien (Patriotische Union Kurdistans PUK und Demokratische Partei Kurdistans KDP), oder hat keine Verbindungen zu einer politisch einflussreichen Familie, ist es beispielsweise schwierig bis fast unmöglich, einen Master- oder Dokortitel zu erwerben oder als Unternehmer auf dem freien Markt zu bestehen.

Sicherheitsgefängnisse

Sehr beunruhigend ist, dass PUK und KDP je eigene Geheimdienste unterhalten, die illegale politische Sicherheitsgefängnisse betreiben. Diese werden unabhängig von bestehenden irakischen Gesetzen geführt. So haben diese politischen Gefängnisse ihre eigenen «Gesetze» und «Richter», die weit ab von Menschenrechten und Legalität agieren. Folter, Haft ohne Verfahren und immer wieder verschwindende Gefängnisinsassen sind an der Tagesordnung. Erst seit einem Menschenrechtsbericht des «Democracy and Human Right Development Center»

kult.kino

Geht es Ihnen auch so wie uns? Finden Sie nicht auch, Basel ohne die kult.kinos wäre wie der Rhein ohne Fähren, wie die Herbstmesse ohne Rosenküchlein, wie der Morgenstraich ohne Kopflaternen? Oder wie ein Lichtspielhaus ohne Licht? Es geht Ihnen also auch so wie uns? Das freut uns, dann sind wir bei Ihnen richtig.

Dann erlauben wir uns auch, offen und ehrlich zu sein: Das Licht der kult.kino ag hat auch schon stärker gestrahlt.

Was vor 30 Jahren als Studiokino AG mit einem Saal begann, ist heute mit sieben Sälen und rund 150 Filmen pro Jahr die grösste unabhängige Kinokette für arthouse-Filme in der Nordwestschweiz. Das hilft aber nicht darüber hinweg, dass 2007 unser bisher schwierigstes Geschäftsjahr war. Die Gründe dafür gehen von DVD bis Multiplex, von zu viel Sonne bis zu wenig Kassenknüllern.

Mit uns haben Sie das Geschenk



Geschenkpaket Premium
Verschenken Sie 12 Gutscheine für kult.kino Filme, als Zugabe zwei Einladungen für Vorpremièren, begleitet von spannenden Gesprächen mit Regisseuren und leckeren Apéros. Alles zusammen für 200.- Franken.

Geschenkpaket Regular
3 Gutscheine und eine Vorpremièren-Einladung für 50.- Franken.

Hübsch verpackt haben Sie ein filmreifes Geschenk und tragen dazu bei, dass in unserem Spielhaus das Licht nicht ausgeht.
Bestellungen können Sie telefonisch 061 681 46 33 oder via E-Mail: geschenkpaket@kultkino.ch tätigen.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Der Krieg nach dem Krieg ...

In Bosnien und Herzegowina haben die Menschen Angst vor einem neuen Krieg. Die wirtschaftliche Situation ist katastrophal, die politische Lage instabil, das Klima explosiv. Vielleicht werden die Eufor-Truppen schon bald gezwungen sein, Präsenz zu markieren.

Von Renate Metzger-Breitenfellner *

In der ostbosnischen Stadt Srebrenica weist ein grosses Plakat vor dem neuen Einkaufszentrum auf die Standorte der Eufor-Truppen hin. Sie sind in ganz Bosnien präsent. In Sarajevo und Banja Luka, in der bosniakisch-kroatischen Föderation und in der Serbischen Republik. Noch ist die Lage ruhig, noch sind die Frauen und Männer in ihren Uniformen auf den Strassen von Srebrenica selten zu sehen. Das könnte sich schon bald ändern.

Ernst der Lage

«Die Lage ist in den letzten Wochen sehr radikal geworden», sagte Perica Jelečević, Föderaler Minister für Arbeit und Soziales, Mitte November anlässlich eines Besuches in der Schweiz. Der Grund: Im Oktober scheiterte die Polizeireform, die politische Situation ist blockiert,

die bosnischen Serben – allen voran ihr Ministerpräsident, Milorad Dodik – sind erzürnt. Sie verurteilen die scharfe Gangart, die der Slowake Miroslav Lajčák – seit Juli Hoher Repräsentant der Vereinten Nationen und als solcher verantwortlich dafür, dass das Abkommen von Dayton umgesetzt wird – eingeschlagen hat. «Die Situation ist sehr ernst», sagt Perica Jelečević. «Die Kosovo-Krise spielt dabei eine wichtige Rolle.» Der Chirurg, ein bosnischer Kroat, der während des Krieges in Sarajevo gelebt hat, vergleicht das aktuelle politische Klima mit demjenigen von 1992 – kurz vor Ausbruch des Krieges.

Spuren des Krieges

Minister Jelečević ist täglich mit den Spuren des Krieges konfrontiert: Er spricht von mehr als 100'000 Kriegsversehrten, von einer total zerstörten Infrastruktur, die noch lange nicht wiederhergestellt ist, von verminten Gebieten, die nicht genutzt werden können. «Wir müssen politische und wirtschaftliche Strukturen erneuern», sagt Jelečević. Wobei er mit «wir» die einheimische Politik meint – mit starkem Support von aussen. Gerade aber diese Politik ist derart blockiert, dass es momentan unmöglich scheint, tragfähige Lösungen zu finden. Dazu kommt die Arbeitslosigkeit, die landesweit

immer noch an die 40 Prozent beträgt. Und weit und breit ist keine Besserung in Sicht. Natürlich unternehme die Regierung Anstrengungen, die Situation zu verbessern, natürlich verhandle man mit ausländischen Investoren. «Aber das Kapital begibt sich nicht in eine solch instabile Situation.»

Optimismus und Pessimismus

«Bosnien und Herzegowina muss über kurz oder lang EU-Mitglied werden», sagt Jelečević. Sonst sei mitten in Europa ein schwarzes Loch, aus dem eine unheimliche Menge negativer Einflüsse in die EU komme. Der Minister spricht von Migration, Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel. Er zwingt sich zu Optimismus: «Wir können es schaffen. Aber nur dann, wenn wir den Verstand ein- und die Emotionen ausschalten.» Und vielleicht tragen die Eufor-Truppen dazu bei, dass sich die Wogen wieder glätten, die Gemüter beruhigen.

In Srebrenica haben die Menschen in den letzten Wochen und Monaten die Hoffnung auf Besserung verloren. «Hier herrscht Krieg nach dem Krieg», sagt Abdulah Purković, Restaurantbetreiber in Srebrenica. Und: «Das Leben ist schwierig geworden. Man kann niemandem trauen. Die Menschen kommen nicht zur Ruhe.» Erst vor kurzem wurden in Zeleni Jadar, einem kleinen Weiler nahe der Stadt, wieder zwei neue Massengräber geöffnet, in Zvornik gibt es eine «Strasse des Todes», weil dort alle 50 Meter ein neues Massengrab gefunden worden ist. Mit Opfern des Massakers von Srebrenica. In den Kühlhallen von Tuzla liegen Teile von 3000 unvollständigen Leichen, und auf dem Friedhof des Memorial Centers in Potočari sind mittlerweile weitere 3000 Tote begraben. Von Versöhnung ist nichts zu spüren. Am Totengedenktag am Ende des Ramadan beten mehr als 1000 Muslime auf dem Friedhof in Potočari. Ein Serbe in einem Lastwagen hält an, hupt. Und grinst breit.

* Renate Metzger-Breitenfellner, freischaffende Journalistin, lebt in Beckenried NW. Sie hat mehrfach Kroatien und Bosnien und Herzegowina besucht.



BUCHTIPP:

Renate Metzger-Breitenfellner / Jutta Vogel: «Das Leben kann nicht warten». Junge Frauen aus Srebrenica. Neun Porträts, Luzern: rex verlag 2006, 151 Seiten mit sw-Fotos und Karten, CHF 29.80.



Renate Metzger-Breitenfellner erzählt einfühlsam die Lebensgeschichten junger Frauen aus Srebrenica. Sie schildert deren Schicksal, ihre Träume und Ängste nach einem brutalen Krieg, in einer harten Wirklichkeit, wo die Männer oft fehlen oder resignieren, weil sie arbeitslos sind, nicht für die Familie sorgen und so ihre tradierte Rolle nicht mehr wahrnehmen können. Entstanden sind neun lebensnahe Porträts von Frauen zwischen 19 und 33 Jahren, die sich den schwierigen Umständen stellen, stellen müssen; Frauen, die für Eltern, Schwiegereltern und die ganze Familie sorgen – selbstlos, oft ohne den eigenen Bedürfnissen gerecht zu werden, Frauen, die hoffen, dass das Leben für sie und ihre Kinder bald besser wird. «Das Leben kann nicht warten», wie eine der jungen Frauen sagt, «es will gelebt werden».

KOSOVO

Mbijetesa – Überleben

Eindrücke einer Reise in den Kosovo, eine Region geprägt durch traumatische Kriegserfahrungen und wenig wirtschaftliche Perspektiven. Von Martin Pfister*

Dies war mein sechster Aufenthalt in der ländlichen Gegend von Rahovec, Xërxë und Krushë e madhe im südwestlichen Teil Kosovos. Er war geprägt von einem Zwiespalt von Faszination und Empörung, aber auch von Begegnungen der verschiedensten Art: Begegnungen mit den allgegenwärtigen Folgen und Narben des Krieges; Begegnungen mit Menschen im Traum von westlichem Wohlstand und Status; Begegnungen mit Menschen, die trotz allem beeindruckend freundlich und gelassen sind.

Kriegsfolgen gegenwärtig

Während meines Aufenthaltes wurde die Premiere des Dokumentarfilmes «Mbijetesa-Über-

leben» im Fernsehen übertragen. Beeindruckende Zeugnisse Überlebender des Kosovokrieges weckten Erinnerungen an diese traumatischen Ereignisse, deren Folgen den heutigen Alltag noch immer stark mitprägen.

Viele sichtbare Spuren der Zerstörung sind zwar verschwunden. Häuser wurden wieder aufgebaut. Doch Mahnmale dieses Krieges begegnen einem täglich. So etwa der Friedhof von Krushë e madhe, ein Ort, zu dem es mich immer wieder hinzieht, wo unzählige Gräber vom furchtbaren Massaker zeugen, dem Bewohner dieses Dorf zum Opfer gefallen sind.

Auch die unsichtbaren Wunden beeinflussen den Alltag einschränkend. Die Aufbruchstimmung direkt nach dem Krieg weicht mehr und mehr; Resignation macht sich breit. Zu viele Erwartungen konnten nicht erfüllt werden. Das Leben wird zu einem Treten an Ort – ohne Aussicht auf politischen und wirtschaftlichen Aufschwung, was für viele trotz grosser Gelas-

senheit immer unerträglicher wird. So haben Jugendliche nach dem Schulabschluss kaum Chancen auf bezahlte Arbeit. Wer im Kosovo überhaupt Geld verdienen kann, muss trotz verhältnismässig hohen Lebensunterhaltskosten mit einem kleinen Lohn zufrieden sein. Monatslöhne für ÄrztInnen und LehrerInnen unter 200 Euro sind die Regel! Familien in ländlichen Gebieten halten sich mit landwirtschaftlichen Kleinbetrieben über Wasser. Vielen gelingt das Überleben nur dank Unterstützung durch Verwandte oder Bekannte im wirtschaftlich stabilen Ausland.

Mit Respekt

Angesichts solch existentieller Probleme ist die Sehnsucht nach dem reichen Westeuropa verständlicherweise ungebrochen. Unrealistische Hoffnungen werden in die Schweiz als gelobtes Land gesetzt. Für mich eine kaum erträgliche, zynisch wirkende Diskrepanz zwischen

meinem Wissen, wie schwierig für solche Menschen bei uns die Bedingungen, wie verschlossen unsere Türen sind und meinen Erfahrungen, wie gastfreundlich und respektvoll mir im Kosovo begegnet wurde. Diesem Respekt kommt in den Familien, wie im öffentlichen Leben, z.B. in der Schule, grosse Bedeutung zu. Dies mag erstaunen beim Image, das den Menschen aus dieser Gegend bei uns häufig anhaftet.

Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, einige persönliche Eindrücke über die Situation und die Menschen im Kosovo in eben dieser respektvollen Art zu vermitteln. Ich wünsche mir, dass es möglich wird, in diesem Land stabile Lebensbedingungen zu schaffen – im Sinne eines der lokalen Sprichwörter: «Gur mbi gur bëhet mur» oder «Stein auf Stein wird zur Mauer».

*Martin Pfister lebt in Appenzell und ist Präsident der Gruppe für Innerhoden (GFI)

Sturmgewehre ins Zeughaus! Hilf mit!

Sammeln helfen in einer Regionalgruppe

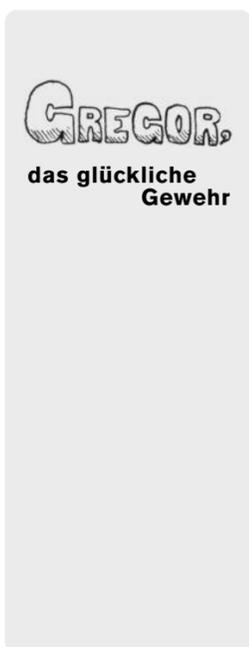
Die GSoA sammelt momentan Unterschriften für die eidgenössische Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt». Möchtest Du mithelfen, die Sturmgewehre endlich ins Zeughaus zu verbannen? Dann schliess Dich doch einfach einer GSoA-Regionalgruppe zum Unterschriften sammeln an. Folgende Regionalgruppen würden sich über Deine Unterstützung freuen:

basel@gsoa.ch | bern@gsoa.ch | gssa@gsoa.ch (Westschweiz) | luzern@gsoa.ch | st.gallen@gsoa.ch
winterthur@gsoa.ch | zuerich@gsoa.ch

Die GSoA-Regionalgruppen stehen allen Interessierten und deren Ideen offen. Sie führen verschiedenste antimilitaristische Aktivitäten und Aktionen durch. Erkundige Dich einfach bei der Regionalgruppe in Deiner Nähe und bring Deine eigenen Ideen ein.

Unterschriftenbogen und Argumentarium bestellen

Vielleicht möchtest Du in der Familie und im Bekanntenkreis Unterschriften gegen die Sturmgewehre im Besenschrank sammeln. Kein Problem: wir schicken Dir gerne die dazu nötigen Unterschriftenbogen und Informationen, welche Du benötigst, um allenfalls Zweifelnde endgültig von der Initiative zu überzeugen. Bestelle Unterschriftenbogen und Faltblätter mit den wichtigsten Argumenten und Fakten einfach bei uns per Mail (gsoa@gsoa.ch) oder per Telefon



(tc) 25 Jahre GSoA

Unser Jubiläum in den Schweizer Tageszeitungen

Basler Zeitung:

«Seit 25 Jahren mischt die Gruppe Schweiz ohne Armee die Sicherheitspolitik auf. (...) Die GSoA mit ihren Geschäftsstellen in Zürich, Basel, Bern und Genf und ihren rund 20 000 Mitgliedern ist vom belächelten Grüpplein zu einer Politkraft mit hohem «Mobilisierungspotenzial» geworden.»

Wir bedanken uns für das Lob!

Denis Froideveaux, Vizepräsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, in der Südostschweiz:

«Zu Beginn hat die GSoA die Armee frontal angegriffen. Jetzt führt sie einen Abnutzungskrieg.»

Lieber Herr Froideveaux, Kriege führen wir nicht. Vielleicht hilft ihnen folgende Information des Generalstabs im gleichen Artikel:

«Die angegriffene Armee selbst äussert sich zur Gruppe Schweiz ohne Armee nicht. Das sei eine politische Gruppierung, heisst es beim Generalstab dazu einzig.»

Aargauer Zeitung:

«Schlagkräftig ist die GSoA auch heute noch, doch der ganz grosse Coup, ein Abstimmungssieg, ist ihr bis jetzt noch nicht gelungen. Das könnte sich ändern, wenn in den kommenden Jahren der Ersatz für die aus Altersgründen ausscheidenden F-5 Tiger ansteht.»

Das wollen wir hoffen! Aber zuerst gewinnen wir die Initiativen «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» und «für den Schutz vor Waffengewalt».

Und zuletzt ein schwerverständlicher Titel im Tagblatt der Stadt Zürich:

«Seit 25 Jahren gegen eine Schweiz ohne Armee»

Gegen ohne ist doch wieder dafür, oder haben wir da was falsch verstanden?

Wir sind auf Spenden angewiesen!

Am 21. September haben wir die eidgenössische Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» mit über 109'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Initiative wird nun den üblichen politischen Instanzenweg gehen und dann voraussichtlich in zwei Jahren zur Volksabstimmung kommen.

Um der drohenden Propagandaschlacht der Waffenlobby im Abstimmungskampf etwas entgegenhalten zu können, sind wir dringend auf Spenden angewiesen.

Die GSoA sammelt derzeit Unterschriften für die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt», welche die Sturmgewehre ins Zeughaus verbannen will. Auch dabei sind wir auf Spendengelder angewiesen, da wir Unterschriftenbogen und andere Drucksachen herstellen müssen.

Mit Deinem Geldbeitrag ermöglichst Du es uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein trägst Du unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. Herzlichen Dank!

GSoA-Material...

Panzerknacker Die RS-Broschüre der GSoA kostenlos	Friedensfahnen Peace, Peace Fr. 12.-
«Etwas Sinnvolles tun» Handbuch zum Zivildienst Fr. 32.-	GSoA-Sackmesser 8-teilig Fr. 25.-

Das T-Shirt gegen die Waffenlobby

Werde auch Du ein Teil der Waffenvernichtungsmassen. Bestell Dir mit untenstehendem Talon das T-Shirt zur Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten. Erhältlich in 4 Grössen für Damen und Herren.
Preis: 28.- Franken.



Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ, Wohnort _____

Tel./E-Mail _____

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	T-Shirt «lf war is...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Damen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Herren	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> eng. <input type="checkbox"/> it.	Fr. 12.-	
	Doppelfahne arabisch-hebräisch		Fr. 15.-	
	Panzerknacker		kostenlos	
	Unterschriftenbogen Waffeninitiative		kostenlos	
	Faltprospekt Waffeninitiative		kostenlos	
	Argumentarium Waffeninitiative		kostenlos	
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-		
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80
Rechnungsbetrag				

Einsenden an: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12



Impressum

Redaktion:

Patrick Angele (pa), Daniel Bachofen (dba), Felix Birchler (fb, verantwortlich), David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Ayres Freitas (af), Beat Hatz (bh), Barbara Heer (bah), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl), Stephan Marti (sm), Reto Moosmann (rm), Christian Mueller (mue), Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr), Christine Scheidegger (cs), Tobia Schnebli (ts), Bettina Surber (bs), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger

Layout: Regula Meili, Wetzikon

Druck: ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)

Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.-

PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich

Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12

E-Mail: gsoa@gsoa.ch, Internet: www.gsoa.ch

Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer Creative-Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen.

Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen.